Deutscher Bundestag **Drucksache 15/1195**

15. Wahlperiode 23. 06. 2003

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (14. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Hofbauer, Dirk Fischer (Hamburg), Eduard Oswald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/467 –

Verkehrsinfrastruktur auf EU-Osterweiterung vorbereiten

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nachdem der Deutsche Bundestag unter anderem beschließen soll, die Bundesregierung aufzufordern, die Verkehrsinfrastruktur im Hinblick auf die durch die EU-Osterweiterung zu erwartenden wachsenden Verkehrsströme und die schon jetzt in der Grenzregion bestehenden Engpässe vorzubereiten. Dabei soll unter anderem eine konkrete Bedarfsplanung, welche auch in den Bundesverkehrswegeplan einfließen soll, für die Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraßen erarbeitet werden, die den spezifisch weisungsbedingten Neu- und Ausbaubedarf darstellt und besondere Engpässe und Knotenpunkte festlegt.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 15/467 – abzulehnen.

Berlin, den 23. Juni 2003

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald	**Rainer Fornahl**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Rainer Fornahl

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/467 in seiner 41. Sitzung am 11. April 2003 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag unter anderem beschließen soll, die Bundesregierung aufzufordern, die Verkehrsinfrastruktur im Hinblick auf die durch die EU-Osterweiterung zu erwartenden wachsenden Verkehrsströme und die schon jetzt in der Grenzregion bestehenden Engpässe vorzubereiten. Dabei soll unter anderem eine konkrete Bedarfsplanung, welche auch in den Bundesverkehrswegeplan einfließen soll, für die Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraßen erarbeitet werden, die den spezifisch weisungsbedingten Neu- und Ausbaubedarf darstellt und besondere Engpässe und Knotenpunkte festlegt.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Die mitberatenden Ausschüsse haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags empfohlen.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag in seiner 13. Sitzung am 4. Juni 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Die **Koalitionsfraktionen** erklärten, das von der Fraktion der CDU/CSU geforderte Sonderprogramm sei nicht erforderlich, da die für die EU-Osterweiterung notwendigen Projekte bereits im Bundesverkehrswegeplan 2003 berücksichtigt worden seien. Dieser enthalte eine Fülle von Schienen- und Straßenprojekten, die unmittelbar auf die EU-Osterweiterung ausgerichtet seien. Auch die weiteren in dem Antrag enthaltenen Forderungen, wie z. B. die Abstimmung mit den Anrainerstaaten und die Einsetzung eines Bund-Länder-Arbeitskreises, seien schon umgesetzt worden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** vertrat die Auffassung, mit den bislang im Bundesverkehrswegeplan 2003 vorgesehenen Projekten könne die zu erwartende Zunahme des Verkehrs im grenznahen und grenzüberschreitenden Bereich nicht bewältigt werden. Es sei daher dringend erforderlich, einen Schwerpunkt bei der Verkehrsinfrastruktur im Hinblick auf die EU-Osterweiterung zu setzen. Zudem funktioniere die Abstimmung mit den Beitrittsländern nicht. Beispielsweise würden an der Grenze von der Tschechischen Republik nach Deutschland zu viele Güter von der Schiene auf die Straße verlagert.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, sie unterstütze den Antrag, weil dieser im Wesentlichen aufgreife, was sie bereits vor zwei Jahren gefordert habe. Ihrer Auffassung nach sei ein Sonderprogramm zur EU-Osterweiterung mit Sonderrechten im Hinblick auf das Planungsrecht erforderlich. Diese Forderung sei bislang auch noch nicht umgesetzt worden.

Berlin, den 23. Juni 2003

Rainer Fornahl
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333